

Brüssel Aktuell 24/2015

12. bis 19. Juni 2015

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

TTIP: Neuer Zeitplan im Europäischen Parlament

Am 16. Juni gab das Parlament den neuen [Zeitplan](#) zur Abstimmung der „Empfehlungen des Europäischen Parlaments an die Kommission zu den Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)“ bekannt...

IT-Beschaffung: Workshop zur Nutzung von Open Source Software

Am 12. Juni fand in Brüssel unter dem Titel „Open Standards for ICT Procurement: Saving while reducing ICT Lock-In“ ein Workshop der Generaldirektion für Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien [CONNECT](#) der EU-Kommission statt (siehe Brüssel Aktuell 7/2015). Hauptthema der Diskussionen war, wie durch die Nutzung von „Open Source Software“ ein „Lock-In“ verhindert werden kann...

Umwelt, Energie und Verkehr

Energieunion: Rat für zügige, verbraucherorientierte Umsetzung und Investitionsanreize

Am 8. Juni [tauschte](#) sich der Rat der EU für Verkehr, Telekommunikation und Energie u. a. zur Umsetzung der [Energieunion](#) aus (siehe Brüssel Aktuell 12/2015). Insbesondere wurde einem im Vorfeld vorgeschlagenen [Kompromiss](#) zugestimmt, der zwei Schwerpunkte setzt: Zum einen die verbraucherorientierte Umsetzung der Energieunion sowie zum anderen Investitionsanreize im Energiesektor...

ÖPNV-Verordnung und Weißbuch Verkehr: Ratsausblick auf Herbst 2015

Am [11. Juni](#) stand beim Rat der EU für Verkehr, Telekommunikation und Energie u. a. das sog. vierte Eisenbahnpaket, in dessen Rahmen auch die ÖPNV-Verordnung novelliert werden soll, auf der Tagesordnung (siehe Brüssel Aktuell 45/2014)...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Urbane Dimension: Ministerrat bereitet einer EU-Städteagenda den Weg

Im Rahmen eines informellen Ratstreffens verabschiedeten die verantwortlichen Minister für Kohäsionspolitik und urbane Angelegenheiten am 10. Juni die [Erklärung von Riga](#) (siehe Brüssel Aktuell 22/2015). Damit ist auch von Ratsseite der Weg frei für eine urbane Agenda für Europa. In der Erklärung betont der Rat klar, dass die Kompetenz in erster Linie bei den Mitgliedstaaten liege. Zudem werden konkrete Erwartungen gegenüber der kommunalen Ebene formuliert...

Zugang zu Kohäsionspolitik-Mitteln: Kommission fordert Expertengruppe ein

Am 9. Juni fand in Riga eine [informelle Tagung](#) mit Ministern der EU-Mitgliedstaaten, sowie der EU-Kommissarin für Regionalpolitik Corina Crețu (RO) und weiteren Abgeordneten des Parlaments, u. a. zu Fortschritten in der [Kohäsionspolitik](#) (siehe Brüssel Aktuell 7/2015) für die gegenwärtige Förderperiode 2014-2020, statt...

Soziales, Bildung und Kultur

EU-Sozialpolitik: Kommission stellt existierende und künftige Maßnahmen vor

Am 9. Juni fand in der Kommission eine Orientierungsdebatte über den Beitrag der EU zur Bewältigung sozial- und beschäftigungspolitischer Herausforderungen in Europa statt. Hintergrund ist das seit 2007 erstmals zu erwartende Wirtschaftswachstum in allen Mitgliedstaaten und die dennoch hohe Arbeitslosenrate unter jungen Menschen und Geringqualifizierten. In einer Bestandsaufnahme stellte die Kommission bereits erreichte Projekte zur Bewältigung der sozialen Divergenzen vor und gab ebenso einen Ausblick auf zu erwartende Initiativen. Frühestens Ende des Jahres kann mit einem konkreten Vorschlag in Form eines „Pakets für Arbeitskräftemobilität“ gerechnet werden...

Antidiskriminierung: Rat legt Sachstandsbericht vor

Am 11. Juni legte der lettische Ratsvorsitz einen [Sachstandsbericht](#) zu den Verhandlungen über den [Kommissionsvorschlag](#) aus dem Jahr 2008 für eine Richtlinie „zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung“ vor (siehe Brüssel Aktuell 21/2015 sowie 31/2014)...

Integration: Tests für Drittstaatsangehörige sind laut EuGH zulässig

Am 4. Juni entschied der Europäische Gerichtshof in der Rechtssache [C-579/13](#), dass Integrationstests von Nicht-EU-Bürger gefordert werden können...

Mutterschaftsleistungen: EuGH stärkt Rechte der Arbeitnehmerinnen

Einer Arbeitnehmerin darf keine neue Wartezeit für das Entstehen eines Anspruchs auf Mutterschaftsleistungen auferlegt werden, wenn sie ihren Status oder ihr Beschäftigungsverhältnis ändert. Entsprechend darf ihr nach dem Wechsel auch keine Mutterschaftsleistung versagt werden, sofern sie durch sämtliche Beschäftigungen unmittelbar vor dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Entbindung insgesamt die Wartezeit nach nationalem Recht absolviert hat. Dies ergibt sich aus einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 21. Mai in der Rechtssache [C-65/14](#)...

Frist für freiwillige Ausreise: EuGH legt Risiko für die öffentliche Ordnung aus

Mit Urteil vom 11. Juni legte der Europäische Gerichtshof (EuGH) in der verbundenen Rechtssache [C-554/13](#) den Begriff „Gefahr für die öffentliche Ordnung“ aus. Letztgenannter stellt gemäß Art. 7 Abs. 4 der Richtlinie [2008/115/EG](#) „über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger“ eine Voraussetzung für die Versagung oder Kürzung der Frist für die freiwillige Ausreise dar...